



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Mobilität -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 29. Januar 2026

Vorlagen-Nr. 25-F-22-0118

**1-Euro-Parken in städtischen Parkhäusern am Wochenende
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 26.11.2025 -**

Die Wiesbadener Innenstadt verliert insbesondere wegen der verfehlten Verkehrspolitik der aktuell regierenden Kooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt immer mehr an Konkurrenzfähigkeit gegenüber Online-Händlern und Einkaufszentren, wie dem Main-Taunus-Zentrum.

Andere Städte, die ebenso unter grüner Verkehrspolitik leiden (wie etwa Mainz), berichten über ähnliche Entwicklungen, wie in Wiesbaden. Auch dort kommt es wegen langwieriger Baumaßnahmen und dem starken Rückbau von Parkplätzen zum Wegzug von alteingesessenen und bekannten Ladengeschäften.

Dieser Entwicklung muss zeitnah Einhalt geboten werden, in dem die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto wieder verbessert und attraktiver gestaltet wird. Denn wer mit dem Auto in die Innenstadt fährt, hat in der Regel eine hohe Kaufkraft und sorgt damit für einen höheren Umsatz bei den dort ansässigen Geschäften.

In den vergangenen Jahren wurde allerdings von der regierenden Kooperation alles dafür getan die Innenstadt für den MIV praktisch unerreichbar und wegen hoher Parkpreise unattraktiv zu machen. Dies hat mittlerweile auch die SPD Wiesbaden erkannt und versucht sich mit ihrem Wahlprogramm von den Entscheidungen der letzten Jahre zu distanzieren. U.a. wird die Absenkung der Parkpreise auf 1,00€/Tag am Freitag und Samstag in den städtischen Parkhäusern gefordert, um die Innenstadt wieder konkurrenzfähig zu machen.

Dies ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung, der zeitnah umgesetzt werden sollte, um die negative Entwicklung der Innenstadt schnellstmöglich zu stoppen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, die Parkgebühren in den städtischen Parkhäusern ab 01.01.2026 auf 1€/Tag an Freitagen und Samstagen zu senken.
2. Die entsprechenden Mehrkosten werden aus dem Budget von Dezernat V gedeckt. Ein Kostendeckungsvorschlag ist der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2025 zur finalen Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss Nr. 0019

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2026

Martin Kraft
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2026

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2026

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister